



Vorlage Nr. 18-O-02-0015

## Tagesordnungspunkt 8

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes  
Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 25. April 2018

### Wettaufwandsteuer zur Bekämpfung der Spielsucht

---

#### Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. auf Grundlage der Mustersatzung über die Erhebung einer Wettlaufwandsteuer vom Hessischen Städtetag eine entsprechend ausgearbeitete Satzung für Wiesbaden zu erarbeiten und den entsprechenden Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. zu berichten,
  - wie viele Wettbüros im Westend gemeldet sind
  - mit welchen Einnahmen die Stadt bei der Einführung eines Steuersatzes von 3 Prozent zu rechnen hat.
  - ob die Einnahmen aus der Wettlaufwandsteuer aus unserem Stadtteil für gemeinnützige Zwecke (im Idealfall für Präventionsprojekte zur Spielsucht) im Westend eingesetzt werden könnten
  - welche weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht angedacht und möglich sind

#### Begründung:

In Hessen haben mittlerweile Frankfurt, Hanau, Offenbach und weitere Gemeinden eine Wettlaufwandsteuer eingeführt oder sind dort bereits geplant. Über derartige Pläne in Wiesbaden wurde bisher noch nichts bekannt. Als Ortsteil, welches in besonderem Maße durch Wettbüros belastet ist, sprechen wir uns ausdrücklich für eine sichtbare und reale Reduzierung dieser Form von Glücksspiel aus. Unabhängig davon, ob die Maßnahmen tatsächlich zu einer Reduzierung der Wettbürostandorte führen werden, halten wir die Steuer als wichtiges Lenkungsmittel zur Bekämpfung von Spielsucht des Einzelnen, da gerade im Bereich der Wettbüros laut Bundesverwaltungsgericht das Potenzial spielsüchtig zu werden, besonders hoch eingeschätzt wird. Weiterhin kann die Stadt mit den zusätzlichen Einnahmen ggf. entsprechende Maßnahmen finanzieren, um die Ausbreitung der Spielsucht einzudämmen.

Das innere Westend ist von hoher Arbeitslosigkeit geprägt und beherbergt eine Vielzahl von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Wettbüros verschärfen gerade für diese

Personengruppen ihre teils multiplen strukturellen und sozialen Problemlagen. Dem muss die Stadt mit allen Mitteln entgegenwirken.

**Beschluss Nr. 0045**

Der Antrag der SPD-Fraktion wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

**Verteiler:**

Dezernat VI z. w. V.

Wild  
Ortsvorsteher